

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

3. Mai 1955

267/A.B.

zu 291/J

Anfragebeantwortung

Die Abg. O l a h und Genossen haben an den Innenminister die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, dem Hohen Haus ehestens eine Novelle zum Optionsgesetz vorzulegen, durch welche denjenigen Südtirolern, die in Österreich bleiben wollen, die Erwerbung der österreichischen Staatsbürgerschaft unter den gleichen Voraussetzungen gestattet sein soll wie den Volksdeutschen.

Hiezu ist folgende Antwort des Bundesministers für Inneres H e l m e r eingelangt:

Auf die Anfrage der Abg. Olah, Probst und Genossen in der Sitzung des Nationalrates vom 31.3.1955 gebe ich bekannt, dass das Bundesministerium für Inneres die Absicht hat, der Bundesregierung einen Gesetzentwurf im Sinne der Anfrage der obigen Abgeordneten vorzulegen.

Gleichzeitig teile ich mit, dass sich das Bundesministerium für Inneres mit dem Bundesministerium für Finanzen in Verbindung gesetzt hat, um schon jetzt eine begünstigte Behandlung der Südtiroler in der Gebührenfrage bei Einbürgerungen zu erreichen. Es besteht Aussicht, dass diese Fühlungnahme zu einem Erfolg führt.

-.-.-.-